

## EU-Kommission

### DEBRIV nimmt Stellung zu Fit-for-55

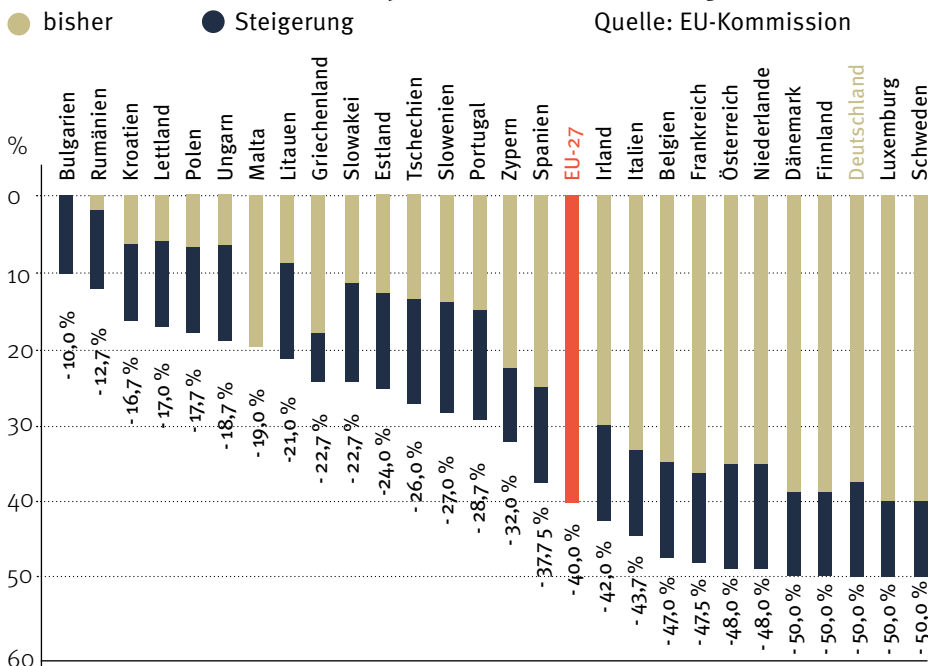
Klimapolitik muss berücksichtigen, dass jederzeit und an jedem Ort die Versorgung mit Energie, insbesondere mit Elektrizität, gewährleistet bleibt. Die Wichtigkeit einer stetigen Versorgung mit Strom kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, schreibt der DEBRIV in einer Stellungnahme zum Fit-for-55-Paket der EU-Kommission. Energie muss darüber hinaus zu Kosten zur Verfügung stehen, die der europäischen Industrie nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten ermöglicht. Die EU-Kommission habe diese Herausforderung erkannt, wie einzelne Regelungen im Fit-for-55-Paket, etwa der Vorschlag für ein Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), zeigen. Die finanzielle Belastung der privaten Haushalte darf ebenfalls eine vertretbare Grenze nicht übersteigen, fordert der DEBRIV in seiner Analyse des energie- und klimapolitischen Arbeitsprogramms der EU.

Der EU-Emissionshandel muss nach Ansicht des DEBRIV das Kerninstrument der EU bei der Minderung der industriellen Emissionen und der Emissionen der Energiewirtschaft bleiben. Es sei sinnvoll, ein Emissionshandelssystem für Verkehr und Gebäude zumindest mittelfristig separat zu regeln, um unerwünschte Sektorverrechnungen zu vermeiden. Allerdings bedeute die Zielanhebung im EU-ETS um 18 Prozentpunkte von minus 43 Prozent auf minus 61 Prozent für 2030 gegenüber 2005 eine deutliche Verschärfung und

«Klimapolitik und Versorgungssicherheit gehen Hand in Hand.»

DEBRIV

### Emissionsreduktionsziele der EU-27 im Nicht-ETS-Bereich für 2030 in Prozent



Download  
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0550&from=DE>

erfordere eine Erhöhung des linearen Reduktionspfads von 2,2 Prozent auf 4,2 Prozent pro Jahr. Im Ergebnis stelle dies zwar eine große Herausforderung für die europäische Industrie dar, sei aber im Hinblick auf die zur Erreichung der Klimaziele notwendigen Maßnahmen die am wenigsten belastende. Der DEBRIV schließt sich der Forderung der Industrie an, einen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich (CBAM) zunächst sehr genau zu prüfen. Der Carbon Leakage-Schutz für die Industrie dürfe für die Energiewirtschaft nicht zu weiteren Belastungen führen.

Beim Vorschlag der EU-Kommission zur Novelle der Energiesteuerrichtlinie begrüßt der DEBRIV, dass die EU auf eine reine CO<sub>2</sub>-Besteuerung verzichtet. Mit Blick auf die Energieversorgungssicherheit und die Kostenbelastung der europäischen Industrie ist es nach Ansicht des DEBRIV sinnvoll, den Mitgliedstaaten die erforderliche Flexibilität bei der Ausgestaltung der Steuersätze zu belassen.

Um die neuen europäischen Klimaschutzziele für 2030 zu erreichen, müssen alle Sektoren ihre Emissionen mindern. Die Anhebung der Reduktionsvorgaben macht eine Anpassung der Vorgaben auch für die nicht unter das EU-ETS fallenden Sektoren notwendig. Im Zuge der Lastenverteilung soll Deutschland im Nicht-ETS-Bereich die Emissionen nun um 50 Prozent (statt bisher um 39 Prozent) mindern. Damit wäre Deutschland Spitzenreiter zusammen mit Schweden, Finnland, Dänemark und Luxemburg.

Der in Deutschland geschlossene gesamtgesellschaftliche Kohlekompromiss berücksichtigt nach Ansicht des DEBRIV alle relevanten Vorgaben des Klimaschutzabkommens von Paris. Der nationale Kohlekompromiss wurde 2020 im Gesetz zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung fixiert und zusätzlich in einem öffentlich rechtlichen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den betroffenen Unternehmen der Braunkohleindustrie konkretisiert. Beides zusammen legt einen gesetzlich vorgeschriebenen und vertraglich normierten Abschalt- und Ausstiegspfad bis 2038 für die Verstromung von Kohle in Deutschland fest. Zudem bietet das Gesetz zur Beendigung der Kohleverstromung die Möglichkeit, die Braunkohleverstromung im Jahr 2035 zu beenden, und zwar nach einer umfassenden Prüfung der Auswirkungen unter anderem auf die Versorgungssicherheit. Der Ausstiegsplan sieht bereits jetzt vor, dass bis 2030 die Emissionen der deutschen Braunkohle etwa um 80 Prozent gegenüber 1990 zurückgehen. Damit leistet die Braunkohle einen weit überdurchschnittlichen Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele. Die festgelegten Zeiträume geben den vom Kohleausstieg betroffenen Revieren eine faire Chance für eine Strukturentwicklung und sichern die notwendige Rekultivierung der mit den Kraftwerken verbundenen Tagebaue. Die deutsche Braunkohleindustrie fordert insofern, die gesetzlichen Regelungen zum Kohleausstieg bei allen relevanten Beratungen auf EU-Ebene zu berücksichtigen.

## Nordrhein-Westfalen

### Neuer Ministerpräsident bekräftigt Leitentscheidung

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen „hat die in der Kohlekommission erarbeiteten Vorschläge mit einer neuen Leitentscheidung nachgezeichnet“, sagte der neue NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst in seiner Erklärung zum Regierungsantritt im Düsseldorfer Landtag. Die Beschlüsse führen im rheinischen Revier zu gravierenden Veränderungen. Wüst nannte den massiven Abbau von Braunkohlekraftwerkskapazitäten, die Beschränkung auf einen Tagebau, den Erhalt des Hambacher Forstes sowie ein festes Datum für das Ende der Kohleverstromung.

Dennoch sei die notwendige Klarheit in der Energiepolitik noch nicht erreicht, so der neue Ministerpräsident. Die von der EU eingeleiteten Klimaschutzmaßnahmen, verschärfte nationale CO<sub>2</sub>-Einsparziele und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien schränke die Kohleverstromung weiter ein. Es sei absehbar, dass die noch erforderliche Braunkohlemenge weiter abnimmt. Die Landesregierung werde in den kommenden Wochen eine „Energieversorgungsstrategie 2.0“ vorlegen, die den ambitionierten Zielen der

«Wir brauchen  
Gewissheit und  
eine solide Entscheidungsgrundlage.»

HENDRIK WÜST

Klimaschutzgesetzgebung gerecht wird. Wüst stellte klar: „Wir sind in Nordrhein-Westfalen zu einem Ausstieg aus der Kohle auch schon 2030 bereit und wollen alles dafür tun, dass uns das gelingt.“ Zu den unerlässlichen Vorbedingungen gehöre aber ein forcierter Ausbau der erneuerbaren Energien sowie Anreize, die dafür sorgen, dass „Alternativen für eine sichere Stromversorgung ausgebaut werden“, solange die erneuerbaren Energien nicht ausreichend Strom liefern. Alles deute darauf hin, dass bis Anfang der 2030er Jahre nicht mehr so viel Braunkohle benötigt werde, um die Dörfer des 3. Umsiedlungsabschnitts für den Bergbau in Anspruch nehmen zu müssen. „Wir brauchen in dieser Frage Gewissheit und eine solide Entscheidungsgrundlage. Ich will, dass wir sehr rasch die Frage verlässlich beantworten, woher unser Strom in Zukunft kommen soll. Dann können wir auch verlässlich sagen, wieviel Kohle wir noch benötigen,“ sagte Wüst in seiner Regierungserklärung.



Download

[https://www.land.nrw/sites/default/files/asset/document/2021-11-03\\_regierungserklaerung\\_mp\\_hendrik\\_wust.pdf](https://www.land.nrw/sites/default/files/asset/document/2021-11-03_regierungserklaerung_mp_hendrik_wust.pdf)

## Energieverbrauch

### AG Energiebilanzen rechnet mit Zuwachs

Der Energieverbrauch in Deutschland wird in diesem Jahr voraussichtlich um knapp 3 Prozent ansteigen. Zu dieser Einschätzung kommt die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) auf Grundlage der aktuellen Berechnungen zum Verbrauch in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres. Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung ist für diese Entwicklung ein Mehrverbrauch infolge der gegenüber dem Vorjahr kühleren Witterung verantwortlich. Verbrauchsdämpfend wirken der deutliche Preisanstieg sowie höhere Preise für CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate.

Nach vorläufigen Berechnungen der AG Energiebilanzen erhöhte sich der Verbrauch an Primärenergie in den ersten drei Quartalen 2021 auf 298,9 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE). Das entspricht einem Anstieg um 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Für den Verbrauchsanstieg macht die AG Energiebilanzen vor allem die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivitäten verantwortlich. Das im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Windstromangebot wurde im Stromerzeugungsmix durch konventionelle Energieträger ausgeglichen. Zusätzlich sorgte die gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich kühlere Witterung für einen Anstieg beim Verbrauch von Heizenergien. Unter Ausschaltung des Witterungseinflusses hätte sich der Energieverbrauch gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur um 0,6 Prozent erhöht. Allerdings, so die AG Energiebilanzen, liegen sowohl die absoluten wie auch die temperaturbereinigten Verbrauchswerte noch spürbar unter den Werten von 2019.



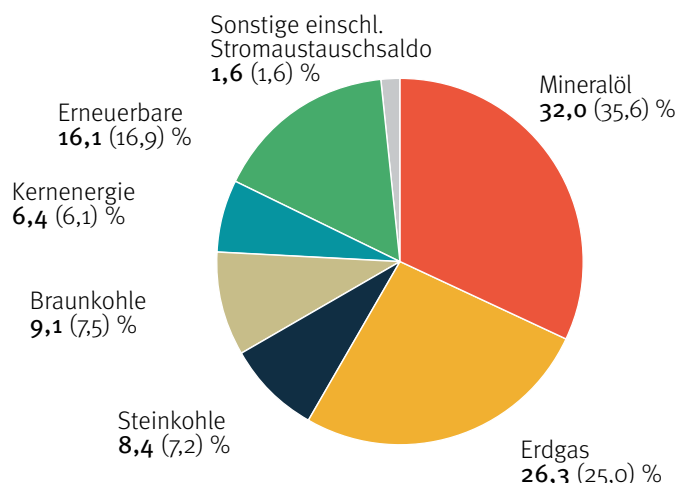
Download

AGEB Pressemitteilung  
<https://www.ag-energiebilanzen.de>

### Energiemix in Deutschland

#### 1.-3. Quartal 2021. Anteile in Prozent (Vorjahreszeitraum in Klammern)

Quelle: AG Energiebilanzen



Der Verbrauch von Mineralöl verminderte sich in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres insgesamt um 7 Prozent. Der Erdgasverbrauch erhöhte sich dagegen um 8,5 Prozent. Der Verbrauch an Steinkohle stieg in den ersten neun Monaten um 20 Prozent. Der Verbrauch von Braunkohle erhöhte sich um 25,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr, lag aber um 8,6 Prozent unter dem Vergleichswert von 2019. Der Zuwachs ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die im Vorjahreszeitraum witterungsbedingt hohe Einspeisung von Strom aus Windanlagen in diesem Jahr bisher deutlich niedriger lag und eine andere Wettbewerbssituation auf dem Strommarkt vorliegt. Bei der Kernenergie kam es im Berichtszeitraum zu einem Anstieg der Stromproduktion um 8,2 Prozent. Im Zuge des Kernenergieausstiegs stehen zum Jahresende 2021 die Stilllegungen der Kraftwerksblöcke Grohnde, Brokdorf sowie Grundremmingen C mit zusammen mehr als 4.000 Megawatt (MW) Stromerzeugungsleistung an.

Die erneuerbaren Energien verminderten ihren Beitrag zum Primärenergieverbrauch in den ersten neun Monaten um insgesamt 2 Prozent. Vor dem Hintergrund des Verbrauchsanstiegs reduzierte sich der Anteil der Erneuerbaren am gesamten Energieverbrauch (Energemix) auf 16,1 Prozent. Während die Wasserkraftwerke um 14 Prozent zulegen konnten, kam es bei den Windenergieanlagen an Land zu einem Rückgang der Stromerzeugung um 18 Prozent und auf See um 14 Prozent. Die Stromerzeugung aus PV-Anlagen erreichte die Höhe des Vorjahreszeitraumes. Die Biomasse, deren Anteil an den erneuerbaren Energien bei über 50 Prozent liegt, verzeichnete infolge der kühleren Witterung einen Verbrauchsanstieg um 3 Prozent.

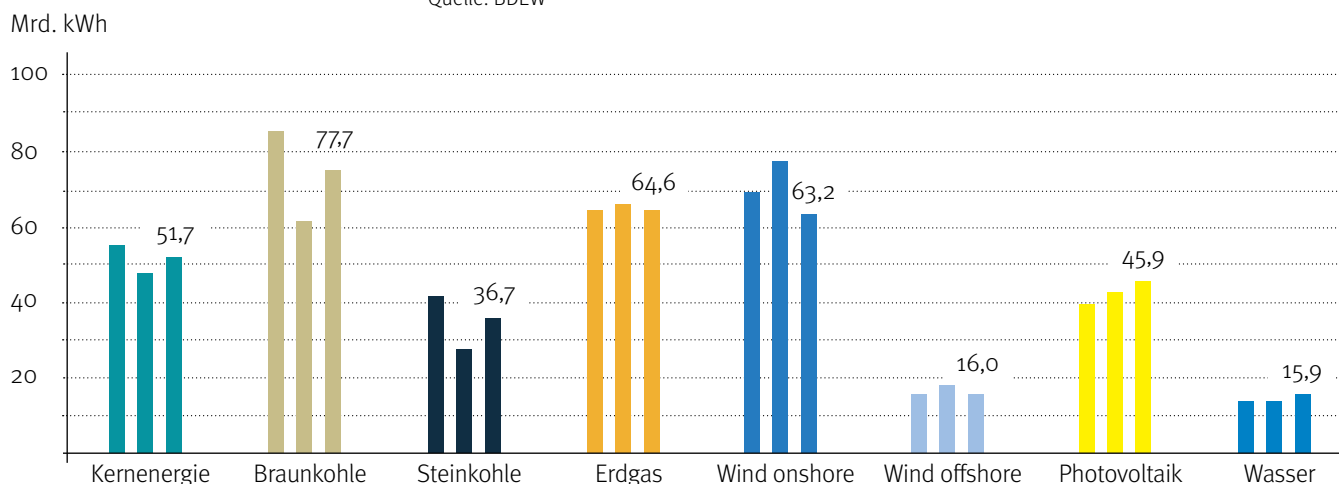
Für das Gesamtjahr rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Anstieg der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen in einer Größenordnung von gut 4 Prozent. Maßgeblich für diese Schätzung ist neben dem witterungs- und konjunkturbedingten Verbrauchsanstieg der leichte Rückgang des Anteils der Erneuerbaren am Gesamtverbrauch. In der Stromerzeugung wurde die verminderte Windstromerzeugung wettbewerbsbedingt vor allem durch gesicherte Leistung aus Stein- und Braunkohlekraftwerken ausgeglichen.

## Stromerzeugung

### Kohle muss Versorgung sichern

Stein- und Braunkohle haben 2021 maßgeblich zur sicheren Stromversorgung und zur Dämpfung der Preisentwicklung auf dem Strommarkt beigetragen. Die noch vorhandenen gesicherten Stromerzeugungskapazitäten auf der Grundlage von Stein- und Braunkohle konnten die ausgedehnten windarmen Perioden überbrücken, die zu einem deutlichen Rückgang der Windstromerzeugung führten. Außerdem sorgten die Vervielfachung der

**Bruttostromerzeugung ausgewählter Energieträger in Mrd. kWh - jeweils 1.-3. Quartal 2019/2020/2021.**  
Quelle: BDEW



Gaspreise am Spotmarkt trotz eines Anstiegs der internationalen Steinkohlepreise und Frachtraten sowie höherer CO<sub>2</sub>-Preise für eine deutlich verbesserte Wettbewerbssituation der Kohle in der Stromerzeugung. Dennoch folgte der Kohleeinsatz in Deutschland insgesamt weiter dem längerfristigen Trend und lag unter dem Wert von 2019.

Nach Berechnungen der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat) beim Umweltbundesamt wurden in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres insgesamt 174,9 Terawattstunden (TWh) Strom aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt. Das waren 8 Prozent weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres. Mit minus 17 Prozent verzeichnete die Windkraft an Land den größten Einbruch, bei der Windenergie auf See lag das Minus bei 14 Prozent. Die Wasserkraft konnte dagegen um 14 Prozent zulegen. Bei der Photovoltaik fiel der Rückgang mit einem Prozent ebenso moderat aus wie bei der Biomasse mit 2 Prozent. Der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien am gesamten Bruttostromverbrauch ging durch die Einbrüche bei der Windstromerzeugung und dem höheren Stromverbrauch auf 43 Prozent zurück. Im Vorjahr lag der Anteil bei 46 Prozent. Unterjährig schwankte der Anteil der Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch zwischen 37 Prozent im Januar und 50 Prozent im Mai. Im September 2021 lag die EE-Quote mit 38 Prozent erneut am unteren Rand. Die Netzeinspeisung der Windstromanlagen ging zudem nicht konform mit der Entwicklung des Stromverbrauchs, der sich witterungsbedingt sowie im Zuge der wirtschaftlichen Erholung im April, Mai und Juni zum Teil im zweistelligen Prozentbereich erhöhte.

Die witterungsbedingt schwache Windstromerzeugung konnte 2021 nicht durch den Zubau von Neuanlagen kompensiert werden. In den ersten drei Quartalen kam es nur zu einem moderaten Zubau bei den Anlagen an Land mit insgesamt knapp 1.200 Megawatt (MW). Offshore befindet sich derzeit kein Windpark an der Schwelle zur Fertigstellung oder Netzanbindung.

Die durch die geringere Windstromerzeugung entstandene Versorgungslücke wurde in den ersten drei Quartalen 2021 vor allem durch eine höhere Stromerzeugung der Stein- und Braunkohlekraftwerke sowie durch Zuwächse bei der Kernkraft ausgeglichen. Die Stromerzeugung der Steinkohleanlagen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 28 Prozent auf 36,7 TWh, die Erzeugung der Braunkohlekraftwerke stieg auf 77,7 TWh, das war rund ein Viertel mehr als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Bei der Kernenergie kam es zu einem Plus von rund 8 Prozent auf 51,7 TWh. Die Erzeugung der Gaskraftwerke blieb mit 64,6 TWh leicht unter dem Vorjahreszeitraum. Der kräftige Anstieg der Stromerzeugung aus Kohle dürfte allerdings eine Sonderentwicklung infolge der volatilen Windstromerzeugung darstellen. Gegenüber 2019 liegt sowohl der Einsatz von Braunkohle wie auch der Steinkohle deutlich im Minus. Dennoch ist für 2021 mit einem Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber 2020 zu rechnen.

## Kohleausstieg

### Kretschmer fordert Vertragstreue

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer fordert die neue Bundesregierung zu Vertragstreue beim Kohleausstieg auf. Arbeitsplätze dürften nicht einfach verloren gehen und einen weiteren Schock in der Region auslösen. Für das Auslaufen der Kohleverstromung Ende 2038 gebe es Gesetze und Vereinbarungen. Es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit, sich daran zu halten. Gerade die Lausitz benötige Zeit, um neue Arbeitsplätze anzusiedeln. Kretschmer hält es für unmöglich, aus der Kernenergie und der Kohleverstromung auszusteigen und zugleich das Land wettbewerbsfähig zu halten. Im Sondierungspapier für eine gemeinsame Koalition von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in Berlin hatte es geheißen, dass ein Kohleausstieg „idealerweise schon bis 2030“ gelingen könne. Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, hält einen vorgezogenen Kohleausstieg für „wirtschaftlich nicht umsetzbar“ und befürchtet „eine Energielücke, die wir nicht schließen können.“

«Die Entwicklung des Kohleverbrauchs folgt dem längerfristigen Trend.»

AG ENERGIEBILANZEN

«Wir fordern Vertragstreue beim Kohleausstieg.»

MICHAEL KRETSCHMER



Download Sondierungsgespräch  
<https://cms.gruene.de/uploads/documents/Ergebnis-der-Sondierungen.pdf>

## Steinkohle

### Zuwachs trotz Preissprung

In den ersten drei Quartalen 2021 erhöhte sich die aus Steinkohle erzeugte Strommenge um rund 35 Prozent auf fast 37 Terawattstunden (TWh). Für das Kalenderjahr 2021 geht der Verein der deutschen Kohlenimporteure (VDKi) davon aus, dass die Steinkohleimporte nach Deutschland ein Niveau von 38 bis 39 Millionen Tonnen (Mio. t) erreichen und damit voraussichtlich etwa 6 bis 7 Mio. t über dem Vorjahr liegen werden. Auf dem Weltmarkt für Kraftwerkskohle dominiert China weiterhin die Nachfrageseite. Verbrauchszuwächse in China sowie Logistik-Engpässe in Russland führen dazu, dass Europa wieder mehr Kohle aus Südafrika importiert. Der seit Anfang des Jahres stark angestiegene Kohlepreis hat nicht zu einer Abkühlung der Kohlenachfrage geführt. Da der Preis für die Wettbewerbsenergie Erdgas im Verhältnis zur Kohle sehr viel stärker angestiegen ist, bleibt trotz hoher CO<sub>2</sub>-Preise die Steinkohle wirtschaftlich attraktiv. Im Zuge dieser sehr volatilen Marktsituation sind auch die Börsenpreise für Strom deutlich angestiegen, erklärten die Kohlenimporteure.



Download der Pressemitteilung  
<https://www.kohlenimporteure.de/aktuelle-meldungen/pressemitteilung-4-2021.html>

## Klimaschutz

### Deutschland steht vor größter Transformation der Nachkriegsgeschichte

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat seine 2018 gemeinsam mit der Boston Consulting Group (BCG) und der Prognos AG erstellte Studie „Klimapfade für Deutschland“ überarbeitet. Untersucht wurden in verschiedenen Szenarien volkswirtschaftlich optimierte CO<sub>2</sub>-Reduktionspfade für die Sektoren Industrie, Gebäude, Verkehr und Energiewirtschaft. Ziel dieser jetzt vorgelegten Überarbeitung ist es, einen klimapolitischen Instrumentenmix zu erarbeiten, der in allen Sektoren das Erreichen der Klimaziele bis zum Jahr 2030 ermöglicht und die wichtigsten Weichen in Richtung Treibhausgasneutralität bis 2045 stellt. Gleichzeitig werden ein Erhalt der industriellen Wettbewerbsfähigkeit sowie eine sozialverträgliche Kostenverteilung angestrebt.

Das geänderte nationale Klimaschutzgesetz von 2021 sieht bis 2030 eine Erhöhung des Treibhausgas-Minderungsziels von 55 Prozent auf 65 Prozent im Vergleich zu 1990 vor. Außerdem gilt als neue Vorgabe die Treibhausgasneutralität bis 2045 anstelle der zuvor angestrebten Reduktion von 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990. Mit diesem extrem ambitionierten Treibhausgas-Reduktionspfad stehe Deutschland vor der größten Transformation seiner Nachkriegsgeschichte.

In der neuen Untersuchung wird beschrieben, wie die nationalen Sektorziele bis 2030 sowie Treibhausgasneutralität bis 2045 volkswirtschaftlich kostengünstig erreicht werden können. Als positiv wird gesehen, dass alle zur Zielerreichung 2030 notwendigen Technologien grundsätzlich bereits bekannt sind, auch wenn einige noch nicht marktreif zur Verfügung stehen. Auf dem derzeitigen Pfad würden in Deutschland bis 2030 etwa 184 Millionen Tonnen (Mio. t) CO<sub>2</sub> gegenüber dem Stand von 2019 eingespart, etwa halb so viel wie nötig wären, um die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 auf die angestrebten 438 Mio. t zurückzuführen. Unklar ist, wie die prognostizierten erforderlichen Mehrinvestitionen in Höhe von 860 Milliarden Euro, also rund 100 Milliarden Euro pro Jahr, aufgebracht und eingesetzt werden.

Bis 2045 ist zudem eine Verringerung des Primärenergieverbrauchs um 41 Prozent im Vergleich zu 2019 notwendig, um die angestrebte Treibhausgasneutralität zu erreichen. Dies bedeutet den vollständigen Verzicht auf fossile Brennstoffe. In der Industrie müsste innerhalb einer Anlagengeneration die Wärmeerzeugung vollständig auf erneuerbare Energien umgestaltet und ein großer Teil der Anlagen der Prozessindustrie, vor allem in der Stahlindustrie sowie in der chemischen Industrie, komplett ausgetauscht werden. In der Zement- und Kalkindustrie ist die Abscheidung und Nutzung oder Speicherung

von Kohlendioxid (CCS) unverzichtbar. Bis 2045 muss zudem die Sanierungsquote der Gebäude verdoppelt werden, damit der Energiebedarf deutlich sinkt. Der verbleibende Heizenergiebedarf ist 2045 durch erneuerbare Energien zu decken. Die Transformation im Verkehrssektor erfordert eine fast vollständige Erneuerung der Fahrzeugflotte, den Aufbau einer Lade- und Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur sowie einen erheblichen Import grüner Kraftstoffe.

Im Stromsektor rechnet der BDI mit einer Verdoppelung der Stromerzeugung. Die Netto-Stromproduktion erhöht sich von 624 Terawattstunden (TWh) im Jahr 2019 auf 1.095 TWh im Jahr 2045. Die Netto-Stromnachfrage steigt von 507 TWh im Jahr 2019 auf 993 TWh. Um diese Nachfrage mit Strom aus CO<sub>2</sub>-freien Quellen zu decken, ist ein Ausbau von Wind und Photovoltaik bis an „realistische Potenzialgrenzen“ nötig. Diese Grenzen liegen – bezogen auf das Jahr 2045 – bei 130 TWh Aufdach-Photovoltaik, bei bis zu 360 TWh Freiflächen-Photovoltaik sowie bei 420 TWh für Windstromanlagen an Land und bei bis zu 300 TWh bei Wind auf See. Zur Gewährleistung von ausreichend Versorgungssicherheit braucht Deutschland auch in Zukunft gesicherte Leistung in ähnlicher Höhe wie heute. Dies erfordert einen erheblichen Ausbau der Speicherkapazitäten sowie von flexibler thermischer Leistung. Die Kapazität der notwendigen Gaskraftwerke muss sich laut BDI verdreifachen und langfristig mit grünen Gasen oder Wasserstoff betrieben werden. Trotz aller Reduktionsmaßnahmen und des technologischen Wandels benötigt Deutschland 2045 etwa 59 Millionen Tonnen negative CO<sub>2</sub>-Emissionen, um Treibhausgasneutralität zu erreichen.

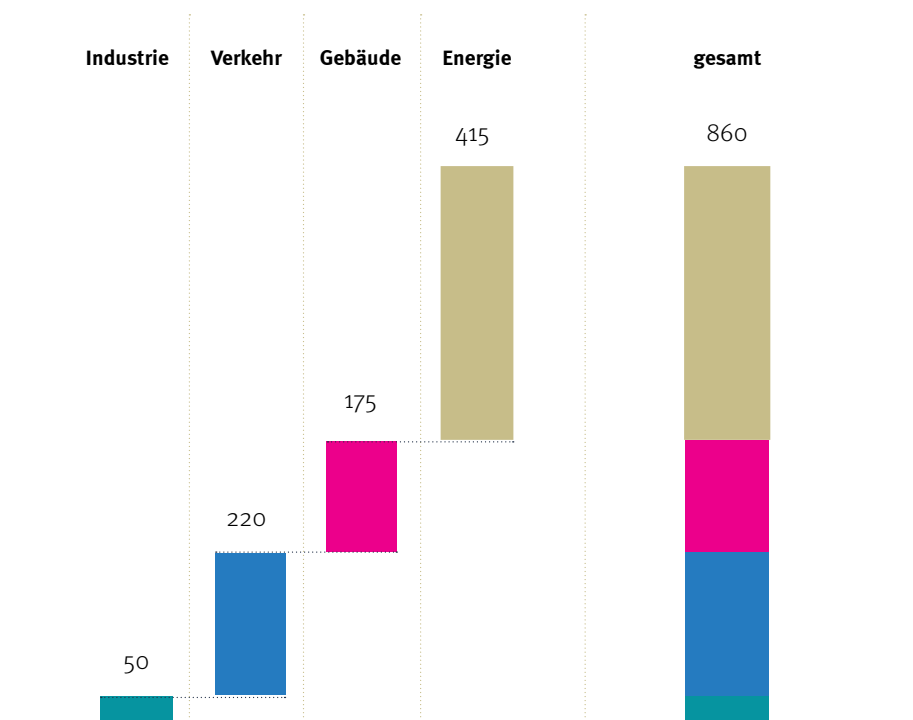
Der BDI schlägt zur Bewältigung dieser komplexen Herausforderungen einen breiten Instrumentenmix in der Klima-, Energie-, Verkehrs- und Industriepolitik vor. Zu den Forderungen des Spitzenverbands der Wirtschaft gehören: Unterstützung der Elektrifizierung durch eine staatliche Kofinanzierung der Netzentgelte, eine vollständige Abschaffung der EEG-Umlage und die Verlängerung des Spitzenausgleichs für energieintensive Betriebe. Ferner werden in den kommenden Jahren verlässliche Betriebskostenzuschüsse für den Markthochlauf von Wasserstoff und strombasierten Kraftstoffen erforderlich. Notwendig sind zudem neue, verkürzte Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine erhebliche Verkürzung von Gerichtsverfahren zu Infrastrukturprojekten. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird als

### «Mehr Klimaschutz mit breitem Instrumentenmix.»

BUNDESVERBAND DER  
DEUTSCHEN INDUSTRIE

#### 860 Mrd. Euro Mehrinvestitionen in den Klimaschutz bis 2030

Quelle: BDI



#### Download

Klimaschutzgesetz vom 18.08.2021  
[http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBI&jumpTo=bgbl12153905.pdf](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl12153905.pdf)

#### Download

Klimapfade 2.0  
<https://bdi.eu/themenfelder/energie-und-klima/klimapfade/#/artikel/news/klimapfade-2-0-wie-wir-unser-industrieland-klimaneutral-gestalten/>

zentrales Instrument gesehen. Eine Schlüsselrolle kommt internationalen Vereinbarungen über einen möglichst globalen CO<sub>2</sub>-Preis zu. Die Bepreisung von CO<sub>2</sub> kann, wenn sie global auf vergleichbarem Niveau erfolgt, das zentrale Klimaschutzinstrument werden. Solange keine internationale Bepreisung von CO<sub>2</sub> in vergleichbarer Höhe erreicht ist, muss nach Auffassung des BDI jedoch das bestehende System der freien Zuteilungen von Zertifikaten sowie der Strompreiskompensation zum Schutz der Industrie fortgeführt werden.

## Strukturwandel

### Wirtschaftsminister sieht gute Entwicklung

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat einen ersten Bericht zum Umsetzungsstand des Investitionsgesetzes Kohleregionen vorgelegt. Die Umsetzung sei erfolgreich gestartet, erklärte der Minister vor dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. 16 Behörden wurden mit einer Haupt- oder Außenstelle in den Braunkohlerevieren neu angesiedelt. Rund 2.140 Stellen wurden durch diese Behördenansiedlungen neu geschaffen. In den Revierländern und Kohleregionen wurden bisher insgesamt 175 Projekte im Rahmen der Finanzhilfen mit einem Volumen von 3,01 Milliarden Euro bewilligt. Hinzu komme der Beschluss über 77 Bundesprojekte mit einem Gesamtvolumen von 16,3 Milliarden Euro. Im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums wurde im März 2020 die Außenstelle des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in Weißwasser in der Oberlausitz eingerichtet mit aktuell rund 200 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. In Cottbus ist seit Oktober 2021 ein neuer Zentralstandort der Bundesnetzagentur entstanden.



Download  
Bericht der Bundesregierung  
an den Haushaltsausschuss  
[https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/1/investitionsgesetz-kohleregionen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/1/investitionsgesetz-kohleregionen.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

## Verabschiedung

### Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen wechselt in den Ruhestand



Verabschiedungsbrikett für Uwe Maaßen

Nach knapp dreißigjähriger Tätigkeit beim Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein wechselt Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen in den Ruhestand. 1956 in Mönchengladbach (NRW) geboren, studierte Maaßen von 1975 bis 1982 Volkswirtschaft in Saarbücken und Köln. Von 1983 bis 1991 war Maaßen beim Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) in Bonn für die Bereiche Preise und Statistik, Betriebswirtschaft und EU-Kontakte tätig und maßgeblich für die Einführung und den Ausbau der IT-gestützten Energiestatistik verantwortlich. 1992 wechselte Maaßen zum Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein nach Köln. Auch beim DEBRIV widmete sich Maaßen zunächst der Verbandsstatistik und der EDV-Organisation, dem internen und externen Berichtswesen sowie den Bereichen Betriebswirtschaft und Steuern im nationalen und europäischen Rahmen. Zahlreiche energiepolitische Studien und Untersuchungen betreute Maaßen in Zusammenarbeit mit renommierten Instituten, Organisationen und Verbänden. Er übernahm die Geschäftsführung bei der Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. und wurde 1997 Mitglied der Geschäftsführung bei der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, wo er seit 2004 den Vorsitz im Vorstand innehatte. Maaßen widmete sich beim DEBRIV verstärkt der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit zwei großen überregionalen Imagekampagnen konnte der DEBRIV während der Tätigkeit von Uwe Maaßen neue Akzente in der öffentlichen Wahrnehmung der Braunkohle setzen. Mit Periodika wie der Industriebroschüre, Kartenwerken, Flyern sowie dem seit 1999 erscheinenden Informationsdienst „Informationen und Meinungen“ pflegte Maaßen den charakteristischen Ansatz einer faktenorientierten und kontinuierlichen Kommunikation mit Medien und Öffentlichkeit. Er sorgte frühzeitig für eine zeitgemäße Präsenz von Verband und Rohstoff im Internet sowie in den sozialen Netzwerken. Der DEBRIV-Vorstand würdigte die Leistungen von Maaßen für den DEBRIV anlässlich einer Sitzung als nachhaltig, zielstrebig und vorbildlich.

## IMPRESSUM

Herausgeber  
DEBRIV - Bundesverband Braunkohle  
Am Schillertheater 4 - 10625 Berlin

Öffentlichkeitsarbeit  
Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen  
Tel: 02271 / 99 57 7 - 34  
E-Mail: [uwe.maassen@braunkohle.de](mailto:uwe.maassen@braunkohle.de)  
Internet: [www.braunkohle.de](http://www.braunkohle.de)  
 Bundesverband Braunkohle  
DEBRIV@BDebriv

Redaktionsschluss: 12.11.2021  
Druckauflage: 3.000 Exemplare